

## **Für eine Investitionsoffensive in die Zukunft!**

### **BNW-Forderungen für eine zukunftsgerichtete Haushaltspolitik**

*Hintergrund: Die Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2009 war ein wichtiger Schritt für Deutschland, um die Staatsverschuldung zu begrenzen und die Haushaltsdisziplin zu stärken. Deshalb unterstützte der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) die Einführung der Schuldenbremse zu dieser Zeit. Doch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen haben sich seitdem erheblich gewandelt. Heute sehen wir Deutschland mit enormen Herausforderungen konfrontiert, die dringend öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung und die Energiewende erfordern. Sie sind entscheidend, um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und gesellschaftlichen Frieden langfristig zu sichern. Eine Neubewertung der Schuldenbremse ist daher notwendig, um den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen unserer Gesellschaft besser gerecht zu werden.*

Die Haushaltspolitik ist ein zentraler Hebel für die Gestaltung der Zukunft. Sie bestimmt, wie der Staat sein Geld für die Erfüllung seiner Aufgaben und die Bewältigung von Herausforderungen zur Verfügung stellt. Dabei ist es essenziell, nicht nur die aktuellen Bedürfnisse, sondern auch die langfristigen Perspektiven zu berücksichtigen. Der Staat muss sein Tagesgeschäft, die Zukunftsfähigkeit der eigenen Wirtschaft und auch die Generationengerechtigkeit im Blick haben. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 15.11.2023 eine Grundsatzentscheidung zur Schuldenbremse und zum Haushaltsrecht getroffen. Die finanziellen Spielräume des Gesetzgebers sind deutlich eingeschränkt, die Anpassung an zukünftige Aufgaben erschwert.

Die großen Herausforderungen, denen die deutsche Wirtschaft und die öffentliche Infrastruktur gegenüberstehen, bedrohen aber heute den Wohlstand in Deutschland. Die Polykrisen der letzten Jahre haben die Wirtschaftsleistung in Deutschland geschwächt. Es zeigt sich immer deutlicher: Eine zukunftsorientierte Infrastruktur ist für die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland unerlässlich und dringender denn je. Um diese Herausforderungen zu meistern, bedarf es Investitionen in erheblichem Ausmaß. Investitionen, um die bestehende Wirtschafts- und Infrastruktursubstanz zu modernisieren, um zukünftige Wertschöpfungsbereiche zu erschließen und um klimafreundlich und nachhaltig produzieren und leben zu können. Investitionen sind die Triebkraft für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Sie schaffen die Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Wirtschaft und Gesellschaft.

In der Debatte um eine Reform der Schuldenbremse gibt es viele Modelle, die von unterschiedlichen Akteuren vorgeschlagen und diskutiert werden. Diese reichen von einer Abschaffung der Schuldenbremse bis hin zu einer Erhöhung der erlaubten Neuverschuldung.

Der BNW tritt für eine Ergänzung der aktuellen Bestimmungen durch diese Elemente ein:

- eine Investitionsklausel für Zukunftsinvestitionen
- die Prüfung einer Investitionsprämie

Darüber hinaus schafft der Abbau klimaschädlicher Subvention neue Haushaltsspielräume.

### **Investitionsklausel für Zukunftsinvestitionen**

Die Schuldenbremse behandelt derzeit alle Ausgaben gleich und zwingt den Staat, sie zu kürzen, wenn die Einnahmen nicht ausreichen. Das führt dazu, dass vor allem bei den investiven Ausgaben gespart wird, weil diese oft langfristig angelegt sind und nicht sofort sichtbare Ergebnisse bringen. Das führt zu massiven Problemen für die Volkswirtschaft, denn investive Ausgaben sind nicht nur gut für die Gegenwart, sondern auch unerlässlich für die Zukunft. Sie schaffen Arbeitsplätze, fördern Innovationen und erhöhen das Wachstumspotenzial.

Die Idee hinter der Investitionsklausel ist, dass der Staat nicht nur die laufenden Ausgaben, sondern auch die zukünftigen Erträge berücksichtigen soll, wenn er sich verschuldet. Die Schuldenbremse sollte so reformiert werden, dass sie zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben unterscheidet.<sup>1</sup> Investitionen, die nachweislich das Wachstum und die Steuereinnahmen steigern, würden von der Schuldenbremse ausgenommen werden. Die Erträge daraus können dazu genutzt werden, die Schulden zurückzuzahlen oder weitere Investitionen zu finanzieren. Eine Investitionsklausel würde es dem Staat erlauben, zusätzliche Kredite für bestimmte Zukunftsinvestitionen aufzunehmen, die nachhaltig und wachstumsfördernd sind. Diese Investitionen könnten etwa in den Bereichen Klimaschutz, Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung oder Gesundheit liegen.

Die Investitionsklausel soll den Staat also dazu anregen, in die Zukunft zu investieren. Sie muss allerdings an klare Kriterien und Kontrollen gebunden sein, um eine Zweckentfremdung zu verhindern. Entscheidend wird dabei sein, dass die Kontrolle der Investitionen streng gehandhabt wird, um sicherzustellen, dass diese wirklich nachhaltig sind und ausschließlich investive Ausgaben ermöglichen. Dann sind öffentliche Investitionen in unsere Zukunft keine Last, sondern Chance.

### **Prüfung einer Investitionsprämie**

Ein Teil der geschaffenen Haushaltsspielräume muss in die Erhöhung der Effizienz der Verwaltung fließen. Öffentliche Dienst werden so modernisiert und die Verwaltungs- und damit einhergehenden Vergabeprozesse optimiert. Die Bundesregierung sollte die Einführung einer Investitionsprämie prüfen, die gezielt Investitionen in nachhaltige und innovative Projekte fördert.<sup>2</sup>

### **Abbau klimaschädlicher Subvention schafft neue Haushaltsspielräume**

Für eine zukunftsfähige Haushaltspolitik braucht es auch einen verbindlichen Abbauplan der klimaschädlichen Subventionen, die fossile Brennstoffe und umweltschädliche Praktiken unterstützen. Die Streichung dieser Subventionen würde es ermöglichen, die Staatsausgaben zu reduzieren und somit neue Kreditaufnahmen zu minimieren. Zugleich würden so nicht nur weitere Haushaltsspielräume geschaffen, sondern auch Anreize für nachhaltiges Wirtschaften gesetzt werden. Dies ist ein effektiver Weg, um die finanzielle Last für zukünftige Generationen zu verringern und gleichzeitig die Umstellung auf eine zukunftsfähige Wirtschaft zu beschleunigen.

### **Haushaltspolitik zum Hebel für die Gestaltung der Zukunft machen**

Der BNW ist überzeugt: Investitionen sind kein Kosten-, sondern ein Ertragsfaktor. Sie sind Teil einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik, die die Interessen aller Generationen berücksichtigt und langfristige Perspektiven schafft.

**Stand: 06/2024**

---

<sup>1</sup> Abgrenzung Investitionsbegriff: Konsumtive Ausgaben decken den laufenden Bedarf (zum Beispiel Personalkosten des Staates oder Sozialausgaben). Investive Ausgaben erhöhen die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes, zum Beispiel durch Ausbau von Bildung, Forschung, Digitalisierung oder Verkehr.

<sup>2</sup> Gestiegene Zinssätze erschweren Stadtwerken, Genossenschaften oder Bürgerenergiegesellschaften die Akquisition von Fremdkapital. Der Empfehlungen des Bundesrates zur Einrichtung eines bundesweiten Bürgerschaftsprogramms, das die Finanzierungskosten für den Um- und Aufbau klimaneutraler Technologien reduzieren würde, sollte nachgegangen werden.